

GR Mag. Andreas MOLNAR

21.1.2016

A N T R A G
zur
Dringlichen Behandlung

unterstützt durch die Gemeinderat vertretenen Klubs

von

Betrifft: Unterbringung von Asylwerbern in Graz

Graz hat in den letzten Monaten viele Menschen aufgenommen, die einen Asylantrag in Österreich gestellt haben oder auf der Durchreise in ein weiteres Land waren. Die Stadtpolitik war immer bemüht, im besten Übereinstimmen mit den zuständigen Behörden tragbare Lösungen für die Bevölkerung und für die ankommenden Menschen zu finden. Diese gut gelungene und eingespielte Lösungskompetenz wird seit einigen Wochen und Monaten durch die Vorgehensweise einer heillos überforderten Bundesregierung konterkariert. Insbesondere die in den letzten Wochen gesetzten Handlungen, Quartiere zu schaffen, ohne im Vorfeld die Stadtpolitik zu informieren, erschwert eine aktive Begleitung und ist abzulehnen. Die Befüllung dieser Unterbringungen mit mehr als 50 Personen widerspricht der Idee einer gelingenden Integration.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Dringlichen Antrag:

1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Quartiergröße mit max. 50 Personen zu begrenzen.
2. Das Land Steiermark wird aufgefordert, den ländlichen Raum stärker in die Pflicht zu nehmen und dort Quartiere zu schaffen, wo es noch keine Asylwerber gibt.
3. Der städtische Eigenbetrieb Wohnen Graz wird ersucht, zu überprüfen, ob das Areal Nordberggasse, insbesondere der vordere Bauabschnitt, Rade-gunderstraße 10, einer öffentlichen Nutzung, wie Gemeindewohnungen, Veranstaltungssaal oder Studentenwohnheim, zugeführt werden kann.